

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 132. Ratssitzung vom 4. Juli 2012

2911. 2011/470

Weisung vom 16.05.2012:

Sozialdepartement, Schulsozialarbeit, Erhöhung der jährlich wiederkehrenden Ausgaben, Abschreibung des Postulats von Rebekka Wyler (SP) und Andrea Hochreutener (SP) betreffend Erhöhung Anzahl Stellen in der Schulsozialarbeit

Ausstand: Karin Meier-Bohrer (Grüne)

Antrag des Stadtrats

1. Die mit Gemeinderatsbeschluss Nr. 3364 vom 9. Juli 2008 bewilligten jährlich wiederkehrenden Ausgaben von 4,2 Mio. Franken für die Schulsozialarbeit (Lohnkosten gebunden an den Indexstand 31. Dezember 2007) werden, gestützt auf Art. 11 lit. b der Gemeindeordnung, für 2012 um Fr. 760 000.– auf jährliche Ausgaben von 4,96 Mio. Franken und ab 2013 um 1,15 Mio. Franken auf jährlich wiederkehrende Ausgaben von 5,35 Mio. Franken erhöht. Dieser Betrag verändert sich entsprechend den städtischen Lohnmassnahmen (Teuerungsausgleich, Realloohnerhöhungen) und allfällig angepassten Arbeitgeberbeiträgen an die Sozialversicherungen (Indexstand 31. Dezember 2011).
2. Das Postulat von Rebekka Wyler und Andrea Hochreutener vom 7. Dezember 2011 (GR Nr. 2011/470) betreffend Erhöhung Anzahl Stellen in der Schulsozialarbeit um mindestens fünf Vollzeitstellen, mit Schwerpunkt im Bereich der Oberstufe und in sozial belasteten Quartieren, wird als erfüllt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Hedy Schlatter (SVP)

Hedy Schlatter (SVP): 2002 wurde die Schulsozialarbeit definitiv mit jährlich wiederkehrenden 3 Millionen Franken bewilligt. 2008 erhöhte der Gemeinderat die Ausgaben um 1,2 Millionen Franken. 2011 erreichte man einen Ausbaustand von 56 SchulsozialarbeiterInnen, die in 82 verschiedenen Schulen tätig sind. Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Sozialdepartement ist für alle zufriedenstellend. Das Postulat ist damit erfüllt.

Dispositivziffer 1

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Hans Urs von Matt (SP): Die MitarbeiterInnenanzahl in der Schulsozialarbeit soll um fünf Stellen erhöht werden. Die Schulsozialarbeit wurde 2002 durch eine Volksabstimmung eingeführt und hat sich bisher sehr bewährt. Der Verteilschlüssel wurde nochmal angeschaut. Man einigte sich darauf, dass nicht nur die Anzahl SchülerInnen massgeblich sind für den Einsatz von Schulsozialarbeit, sondern auch soziale Faktoren berücksichtigt werden müssen. Die fünf Stellen sind für die Mehrheit ausgewiesen, vor allem im wachsenden Zürich-Nord.

Hedy Schlatter (SVP): Die fortschreitende Sozialpädagogik trägt nicht zur Gesundung und Verbesserung im Zürcher Schulwesen bei. Die Schulen werden immer teurer, bei nicht grösserem Erfolg. Die SchülerInnen benötigen KlassenlehrerInnen, die sie nicht bloss in Teilzeit therapieren, die als Persönlichkeiten Vorbilder werden und die SchülerInnen anleiten. Stossend ist, dass die Sozialarbeit besser honoriert wird als die Lehrtätigkeit.

Weitere Wortmeldungen:

Alain Kessler (FDP): Es ist nicht richtig, einfach die Stellen aufzustocken. Erst muss seriös evaluiert werden, was das Ganze bisher gebracht hat und wie die Belastungen der SchulsozialarbeiterInnen heute aussehen. Dies allein an der Anzahl SchülerInnen festzulegen, ist keine genügende Grundlage. Die Aufgaben der SchulsozialarbeiterInnen sind von denen der Schulleitung und der LehrerInnen klarer abzugrenzen. In der Weisung ist keine wirkliche Begründung für die Erhöhung dieser Stellen enthalten.

Karin Weyermann (CVP): Zum Zeitpunkt der Einreichung des Postulats analysierte der Stadtrat die Situation noch. Die Resultate dieser Analyse findet man deshalb in der Weisung nicht. Die Aufgaben der Schulsozialarbeit sind in dieser städtischen Analyse genau definiert und grenzen sich von denen der LehrerInnen ab. Ein Schlüssel für die Ressourcenverteilung wurde ebenfalls erarbeitet und die Stellenwerte können jetzt klar auf die einzelnen Schulen aufgeteilt werden. Wir stimmen deshalb der Weisung zu.

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): Die EVP hat in der Budgetdebatte das Postulat unterstützt und wird jetzt auch die Weisung unterstützen. Wenn die FDP etwas einreichen würde in Bezug auf eine genauere Analyse, würden wir auch das unterstützen. Tatsächlich ist in den letzten fünfzehn Jahren der ganze Backoffice pro SchülerIn enorm angewachsen. Die Frage ist, ob das dem Unterricht wirklich zugute kommt oder sich die Verwaltung nicht selber irgendwelche Aufgaben zuschanzt. Wir wollen eine Stärkung der Klassenlehrpersonen unter Einbezug der Schulsozialarbeit.

Roger Liebi (SVP): Die Kinder werden heutzutage in der Schule erzogen. Diese Entwicklung heissen wir nicht gut. Die SchulsozialarbeiterInnen haben vielmehr übernommen, als ursprünglich vorgesehen war. Jetzt werden sie zu einer Art TagesansprechpartnerInnen für Kleinstprobleme. Man sollte mehr Vertrauen in die Kinder und SchülerInnen haben. Nur weil in Zürich-Nord die SchülerInnenanzahl wächst, braucht es dort nicht unbedingt auch mehr SozialarbeiterInnen.

3 / 4

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Martin Waser: *Nichtschulische Probleme lassen sich heute früher erkennen, dafür gibt es die Schulsozialarbeit. Diese wurde in einer Volksentscheidung von der Zürcher Bevölkerung befürwortet. Es ist ein deutliches Einverständnis da, dass man das Unterstützungssystem betreibt. Wir haben eine Evaluation erarbeitet und die ist parat. Wir haben den Auftrag geklärt und vor allem eingegrenzt. Wir haben die Verteilung ermittelt. Deshalb können wir hinter der Weisung stehen.*

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Linda Bär (SP), Referentin; Dominique Feuillet (SP), Andreas Hauri (GLP), Alecs Recher (AL), Marcel Savarioud (SP), Christine Seidler (SP) i.V. von Vizepräsident Hans Urs von Matt (SP), Karin Weyermann (CVP)
Minderheit:	Hedy Schlatter (SVP), Referentin; Präsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Alain Kessler (FDP)
Abwesend:	Sven Dogwiler (SVP), Ursula Uttinger (FDP)
Ausstand:	Karin Meier (Grüne) i.V. von Thomas Wyss (Grüne)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse).

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 43 Stimmen zu.

Dispositivziffer 2

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 2

Die SK SD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung:	Hedy Schlatter (SVP), Referentin; Präsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Linda Bär (SP), Dominique Feuillet (SP), Andreas Hauri (GLP), Alecs Recher (AL), Marcel Savarioud (SP), Christine Seidler i.V. von Vizepräsident Hans Urs von Matt (SP), Karin Weyermann (CVP)
Enthaltung:	Alain Kessler (FDP)
Abwesend:	Sven Dogwiler (SVP), Ursula Uttinger (FDP)
Ausstand:	Karin Meier (Grüne) i.V. von Thomas Wyss (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SD mit 116 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die mit Gemeinderatsbeschluss Nr. 3364 vom 9. Juli 2008 bewilligten jährlich wie-

4 / 4

derkehrenden Ausgaben von 4,2 Mio. Franken für die Schulsozialarbeit (Lohnkosten gebunden an den Indexstand 31. Dezember 2007) werden, gestützt auf Art. 11 lit. b der Gemeindeordnung, für 2012 um Fr. 760 000.– auf jährliche Ausgaben von 4,96 Mio. Franken und ab 2013 um 1,15 Mio. Franken auf jährlich wiederkehrende Ausgaben von 5,35 Mio. Franken erhöht. Dieser Betrag verändert sich entsprechend den städtischen Lohnmassnahmen (Teuerungsausgleich, Reallohnerhöhungen) und allfällig angepassten Arbeitgeberbeiträgen an die Sozialversicherungen (Indexstand 31. Dezember 2011).

2. Das Postulat von Rebekka Wyler und Andrea Hochreutener vom 7. Dezember 2011 (GR Nr. 2011/470) betreffend Erhöhung Anzahl Stellen in der Schulsozialarbeit um mindestens fünf Vollzeitstellen, mit Schwerpunkt im Bereich der Oberstufe und in sozial belasteten Quartieren, wird als erfüllt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 11. Juli 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 10. August 2012)